

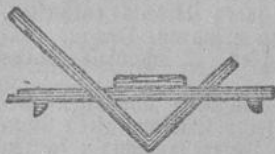
Rottenführer-Zeitung

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner.

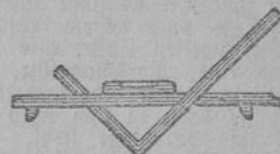
Offizielles und fachwissenschaftl. Organ
des Verbandes Deutscher Eisenbahn-



für die Vertretung der Standesinteressen
Rotten- und Hilfsrottenführer E. B.



Die Zeitung erscheint am 1. u. 15. eines jeden Monats und kostet beim Verlage bestellt 1.— Mark, bei der Post bestellt 1.50 Mark pro Vierteljahr, im voraus zahlbar. — Inserate pro 4gespaltene Petitzeile 25 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und der Verlag an. Abonnenten, welche nicht 10 Tage vor Schluss des Vierteljahres ausdrücklich abbestellen, erhalten das Blatt für ihre Rechnung weiter geliefert.



Jedes Mitglied, welches der oben genannten Beamtenklasse als Beamter oder Hilfsbeamter angeht, ist unter den bekannt gegebenen Bedingungen mit 200 (zweihundert) Mark gegen tödlichen Unfall in oder ausser Dienst versichert.

Nr. 24

Dahlhausen-K., 15. Dezember 1919

8. Jahrgang

Inhalt: Die Offenlegung der Personalakten. — Gewinnbeteiligung des Eisenbahnpersonals an den Betriebsüberschüssen. — Zur Aufklärung an die Mitglieder der Rottenführer-Bezirksvereine des D.-B. Elberfeld. — Eingelad. — Vereinsnachrichten. — Verbandsnachrichten. — Notizen. — Bekanntmachung. — Versammlungskalender. — Inserate.

Die Offenlegung der Personalakten.

(Nachdruck verboten.)

Durch den Artikel 129 der Verfassung des Deutschen Reiches ist bestimmt, daß dem Beamten die Einsicht in seine Personalnachweise zu gewähren ist. In Ausführung dieser Bestimmung hat die Preussische Staatsregierung beschloffen, den Beamten die Einsichtnahme in ihre bei der Dienstbehörde geführten Personalakten zu gestatten, soweit diese nach dem 1. Oktober 1919 angelegt sind. Die bis dahin geführten Personalakten sind zu schließen. In die neuen Personalakten sind alle Stücke aufzunehmen, die nach dem 9. November 1918 vollzogen sind.

Auch dem Vorstehenden des zuständigen Beamtenausschusses ist die Einsichtnahme in die Personalakten mit der Genehmigung des Beamten gestattet worden.

Mit dieser Neuordnung haben die Beamten und ihre Vertretungen einen großen Erfolg errungen. Ein lang gehegter Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Offenheit soll hinfort herrschen zwischen den Untergebenen und den Vorgesetzten, Klarheit soll die Brücke bilden zwischen dem Beamten und seiner Behörde. Die Geheimberichte sollen verschwinden, deren Wirkung so mancher immer und immer wieder zu verspüren glaubte. Dafür soll ein Zeitalter des Vertrauens und der Gerechtigkeit beginnen, in welchem durch lautere Wahrheit ein jeder Beamter seine Zukunft sichergestellt weiß. Das hoffen wir alle.

Wenn wir hiermit eine neue Zukunft zu beginnen glauben, so sei es gestattet, einmal die Unterschiede zu ermitteln, die wirklich eingetreten sind. Eine Untersuchung darüber, welche Verbesserungen die neue Regelung gebracht hat, dürfte nicht ohne Reiz sein.

Beim Eintritt in den Dienst muß ein jeder Anwärter nachweisen, daß er unbestraft ist und sich polizeilich gut geführt hat; denn nur sittlich einwandfreie Menschen sollen im Staatsdienst angestellt werden. Ueber den Gesundheitszustand müssen ärztliche Zeugnisse beigebracht werden. Wenn besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten für ein bestimmtes Amt verlangt werden, so müssen sie durch Zeugnisse (Schulzeugnisse oder Lehrbriefe) bewiesen werden. Die Geburtsdaten und die Verehelichung müssen durch Urkunden der Standesämter belegt werden.

Alle diese Urkunden wurden bisher in die Personalakten gebracht; sie gehören auch jetzt hinein. Darüber besteht kein Zweifel.

Ueber die Ausbildung des Anwärters werden teilweise am Schlusse eines jeden Ausbildungsabschnittes, teilweise erst nach der Beendigung des Vorbereitungsdienstes von dem ausbildenden Dienstvorsteher besondere Befähigungsberichte erstattet, um den Erfolg festzustellen und um zu wissen, ob der Anwärter die Prüfung voraussichtlich bestehen wird.

Ueber diese Befähigungsberichte wurde schon bisher der Beamte dadurch unterrichtet, daß die Ausbildung entweder

verlängert wurde oder nicht. Er wußte im ersten Falle, daß er nicht genügend gelernt hatte, und im zweiten, daß er zur Prüfung zugelassen war. Außerdem war bereits bisher für den Bereich der Preussischen Staatsbahnen bestimmt, daß der Anwärter auf etwaige Mängel in der Ausbildung aufmerksam zu machen war. Es sollte ihnen Gelegenheit gegeben werden, sich zu bessern. Der Beamte wußte also bisher bereits im großen Ganzen, woran er war.

In Zukunft wird hierin eine wesentliche Aenderung eintreten. Entweder wird nunmehr ein jeder Dienstvorsteher, der einen Befähigungsbericht abzugeben hat, dem Anwärter davon vor der Abendung Kenntnis zu geben haben, damit ihm später ein Vorwurf nicht gemacht wird; oder die Verwaltung bestimmt, daß diese Befähigungsberichte nur bis zur förmlichen Prüfung aufgehoben und dann weggelegt werden. In die Akten würden alsdann nur die Prüfungsverhandlungen mit den Prüfungsarbeiten kommen.

In die Akten brauchen auch wirklich nur diese Prüfungsverhandlungen zu kommen und kurze Bescheinigungen, daß der Anwärter tatsächlich die vorgeschriebenen Zeitabschnitte ausgedient hat. Der Umstand, daß ein Beamter die Prüfung bestanden hat oder nicht, genügt allein für seine spätere Beurteilung. Auf die früheren Befähigungsberichte, die ja nur für die Prüfung einen bestimmten Wert hatten, braucht niemand zurückzukommen. Es ist auch bisher, das lehrt die Praxis alle Tage, nach der Prüfung auf die Befähigungsberichte gar kein Wert gelegt worden. Sie können daher ruhig weggelegt werden.

Wenn aber ein Anwärter seine Ausbildung so wenig benützt, daß sie verlängert werden muß, so wird ihm der Dienstvorsteher das durch eine mündliche oder gar schriftliche Prüfung beweisen müssen. Er wird ihm das rechtzeitig mitteilen müssen, wie es bisher sein sollte, um ihm Gelegenheit zur Besserung zu geben. Das Weitere wird er dem Amte überlassen müssen. Sache des Amtes wird es sein, einen entsprechenden Vermerk, der vielleicht lediglich diese Tatsache enthält, zu den Akten zu bringen. Der Beamte wird davon schriftlich Kenntnis zu nehmen haben. Das ist nötig, damit er weiß, was in seinen Akten steht, und damit alle Unterlagen für die spätere Berechnung des Dienstalters attamenmäßig festliegen.

Bei der späteren Anstellung oder Beförderung wurde bisher noch einmal angefragt, ob der Beamte für das neue Amt in jeder Beziehung geeignet war. Wurde diese Frage bejaht, so erfuhr der Beamte erstmalig davon durch seine Ernennung. Wurde er nicht für würdig befunden, so wurde ihm eröffnet, daß er aus den angegebenen Gründen zurückgestellt werde. Diese Anfragen gingen bisher zu den Akten. Auch in Zukunft wird das nicht anders werden. Nötig erscheint nur das eine, daß der Zurückgestellte, von der Tatsache der Zurückstellung schriftlich durch Gegenzeichnung Kenntnis erhält, damit nichts „Geheimes“ in seine Akten kommt. Etwas anders liegen die Verhältnisse bei den Beförderungen, für

die eine besondere Prüfung nicht abgelegt wird, die also vorwiegend nach dem Grade der Tüchtigkeit erfolgen. Sie werden entweder, wie z. B. zum Eisenbahnhauptsekretär, auf Grund der Anwartschaft für das bisherige Amt oder, wie z. B. zum Oberbahnmeister und Oberlademeister, auf Grund besonderer Vorschlagslisten vorgenommen.

Hier hat sich im ersten Falle die Praxis herausgebildet, daß über jeden Beamten, der an die Reihe kommt, ein Bericht eingefordert wird. Ist dieser gut, so wird der Beamte befördert; wird ihm aber die Befähigung für das höhere Amt abgesprochen, so muß es eingehend begründet werden. Es wird dabei mancher, der übergangen worden ist, ein Urteil über seine Leistungen und Fähigkeiten in seinen Akten haben, das ihm nicht gefallen dürfte, obwohl der Vorgesetzte nach bestem Wissen geurteilt hat.

Im zweiten Falle, also bei Beförderungen lediglich auf Grund einer Vorschlagsliste, hat der Bericht, der kurz vor der Beförderung eingefordert wird, nur untergeordnete Bedeutung; denn in ihm wird ja nur das bestätigt, was bereits im Vorschlage steht. Unangenehme Berichte dürften hier sehr selten sein, weil ja nur Geeignete in der Liste stehen. In Zukunft dürfte hier die Entwicklung so gehen, daß nur ein kurzer Vermerk über den Ausfall der Anfrage in die Akten kommt, alles andere wird wahrscheinlich weggelassen werden. Es genügt, wenn der Beamte weiß, ob ihm die Befähigung zuerkannt worden ist oder nicht. Das hätte er zwar jetzt bereits erfahren müssen; denn er war ja auf Mängel seiner Befähigung rechtzeitig hinzuweisen; aber bestimmte Gewißheit hat man erst dann, wenn man schriftlich von einer Sache Kenntnis genommen hat.

Nun blieben noch die Berichte aus einem besonderen Anlaß: Sei es, daß der Beamte ein Gesuch vorgelegt hat, sei es, daß er aus irgend einem Grunde zur Verantwortung gezogen wird. In beiden Fällen muß über ihn oder über seine Leistungen berichtet werden.

Im ersten Falle wird der Dienstvorsteher wie bisher die Gründe des Gesuchstellers nachzuprüfen haben. Uebertreibungen wird er herabschreiben, bescheidene Zurückhaltung wird er ins rechte Licht stellen müssen. Seine Sache ist es, die Wahrheit möglichst genau zu ermitteln. Der Unterschied gegenüber dem bisherigen Gebrauch wird jedoch der sein, daß der Berichtende dem Gesuchsteller Kenntnis gibt, damit ihm nicht hinterher irgendwelche Vorwürfe gemacht werden können.

Sache der Verwaltung wird es sein, zu bestimmen, in welchen Fällen und inwieweit diese Gesuche hinfür zu den Akten kommen müssen. Darüber muß genaue Klarheit herrschen, sonst entsteht die Gefahr, daß ein Dienstvorsteher sich zu dem Gesuchen überhaupt nicht mehr äußert. Das aber könnte unter Umständen noch unangenehmer werden, als es bisher war.

Wurde ein Beamter zur Verantwortung gezogen, so führte die Untersuchung in der Regel das Amt. Bei ihm wurden schon jetzt fast alle Betriebsunregelmäßigkeiten organisationsmäßig verfolgt und nach der Erledigung weggelassen. Wenn der Beamte bestraft wurde, so wurde darüber eine kurze formularmäßige Verfügung verfaßt, die als Endergebnis zu den Akten des Beamten ging. Hierin wird sich kaum etwas ändern; denn diese Strafverfügung, die allein zu den Akten ging, erhielt der Beamte ja schon bisher zur Kenntnis. Die Untersuchungsverhandlungen gingen bisher ausnahmsweise nur dann zu den Akten, wenn der Beamte gegen die Strafe Beschwerde an die Direktion richtete.

Bei Verstößen gegen die allgemeinen Pflichten des Beamten kamen die Untersuchungsverhandlungen wohl öfters in die Personalakten, weil in diesen Fällen meist die Entscheidung der Direktion erforderlich war. Indessen hat der Beamte in allen Fällen erfahren, welches Endurteil über ihn gefällt worden ist. Ob das jetzt anders werden wird, erscheint zweifelhaft. Sünden hat es jeder Zeit gegeben, Sünden aber müßten immer geahndet werden. Das erscheint uns zur Aufrechterhaltung der Dienstzucht notwendig zu sein. Wie aber in diesen Fällen zu verfahren sein wird, das muß den Verwaltungen in Vereinbarung mit den Großorganisationen überlassen werden.

Sonstige Geheimberichte über die mittleren und unteren Beamten wurden nicht erstattet. Nur über die höheren Beamten hatte der Präsident alljährlich zu berichten. Ihre Befähigung mußte genau ermittelt werden. So mußte festgestellt werden, ob sie für die höheren und höchsten Stellen geeignet waren. Für sie bringt also die Offenlegung der Personalakten den größten Vorteil.

Im allgemeinen hat, das scheint nach meinen praktischen Erfahrungen der Fall zu sein, bei fast allen Beamten bisher eine irrtümliche Ansicht über die Geheimberichte geherrscht. Die meisten haben viel mehr in ihren Akten vermutet, als tatsächlich darinnen steht. Immerhin wird in einzelnen Fällen manches vermerkt sein, was den Beamten nicht angenehm

berühren dürfte, was aber seinerzeit nach bestem Wissen und Gewissen geschrieben worden ist. Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, daß die bisherigen Personalakten geschlossen worden sind. Sie sollen nicht vernichtet, sondern vorläufig aufbewahrt werden, um die Ansprüche des Beamten und seiner Hinterbliebenen sicherzustellen.

Zur Bewertung des Beamten dürfen die alten Akten nicht mehr benutzt werden. Es soll nur das gelten, was in die Akten eines jeden kommt, was nach dem 9. November 1918 vollzogen worden ist. Das aber kann ein jeder hinfür einsehen.

Den Vorteilen, die diese Offenlegung der Personalakten bringt, stehen indessen auch Nachteile gegenüber, die nicht verschwiegen werden dürfen. Zage Vorgesetzte können, darauf ist bereits hingewiesen, sich hinfür jedes Urteils enthalten, um sich etwaige Unannehmlichkeiten zu ersparen. Daraus können der Verwaltung Nachteile erwachsen. Doch diese Sorge wollen wir dem Staate überlassen.

Es können aber auch ärztliche Zeugnisse über den Gesundheitszustand eines Beamten in seine Personalakten kommen, von denen er in seinem eigenen Interesse nichts erfahren sollte. Nehmen wir an, ein Beamter ist krank und wird in den Ruhestand versetzt, weil er an Leukämie oder an Krebs leidet, also an einer Krankheit, die in nicht zu langer Zeit zum Tode führt. Der Arzt wird in solchen Fällen, um dem Kranken nicht die letzten Lebenstage zu verbittern, die wahre Krankheit nicht nennen. Nun weiß der Beamte aber, daß die Verwaltung über sein Leiden ein genaues Gutachten hat. Wer kann es ihm unter diesen Umständen verdenken, daß er seine Personalakten einliest?

Auf diese Möglichkeit wird ausdrücklich aufmerksam gemacht. Es wird Sache der Behörden und der Beamtenausschüsse sein, den Nachteilen, die den Beamten und namentlich seinen Angehörigen hieraus entstehen können, durch geeignete Bestimmungen die Spitze abzubreaken.

Gewinnbeteiligung des Eisenbahnpersonals an den Betriebsüberschüssen.

(Nachdruck verboten.)

Im vorigen Jahre hat sich die Direktion der ungarischen Staatseisenbahnen entschlossen, zur Erzielung wirtschaftlicher Höchstleistungen ihr festbesoldetes Personal fortan am Betriebsgewinn teilnehmen zu lassen. Für das letzte Verwaltungsjahr wurde ein Gewinnanteil von 25 Prozent des Betriebsüberschusses festgesetzt, der im Verhältnis der Gehälter zur Verteilung gelangte.

Bei der Ähnlichkeit staatlicher Verkehrsunternehmen drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob dieses Gewinnanteilsystem nicht mit Erfolg auch auf unseren heimischen Bahnen zur Anwendung gebracht werden könne. Eine der Ursachen, daß der Staatsbetrieb ganz allgemein teurer arbeitet als der private, ist bekanntlich darin zu suchen, daß er das eigene Interesse des schaffenden Menschen am Erlolge seiner Tätigkeit, den stärksten Antrieb zu wirtschaftlich zweckmäßiger Arbeit, ausschaltet. Wenn auch der Beamte durch seinen Dienst- und Treueid ohne weiteres verpflichtet ist, den Vorteil des Staates nach jeder Richtung hin gewissenhaft wahrzunehmen und die traditionelle Pflichttreue der deutschen Beamenschaft über jeden Zweifel weit erhaben ist, so liegt es doch nun einmal in der menschlichen Natur begründet, daß das Interesse für die eigene Tasche größer ist, als für die eines anderen. Der heutige Zustand, daß es auf das Einkommen des Beamten ohne jeden Einfluß ist, ob er seinen Dienst, wenn auch pflichttreu, so doch mit einer gewissen Schablonenhaftigkeit in althergebrachten, vielleicht längst überlebten, umständlichen und deshalb kostspieligen Formen verrichtet, oder aber auf Vereinfachungen, Verbesserungen und Neuerungen bedacht ist, seine ganze Tätigkeit unter dem Gesichtswinkel ihrer finanziellen Tragweite einstellt, ist zweifellos dazu angetan, seine innere Anteilnahme an einem günstigen Betriebsergebnis erlahmen zu lassen, ihn stumpf und gleichgültig zu machen, ohne daß man ihn eines Dienstvergehens zeihen könnte. Während dem freien Bürger der Gewinn aus seiner Tätigkeit zufließt, zieht den Nutzen aus dem Ertrage der Tätigkeit der Beamten der Staat.

Hieraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen, das Interesse der Angestellten am geschäftlichen Gewinn des Unternehmens zu wecken, hat die Privatwirtschaft nicht verkannt. Schon vor 40 Jahren schrieb ein Geringerer als Werner v. Siemens an seinen Bruder: „Ich habe noch immer gefunden, daß es die größte Verschwendung ist, diejenigen, die an der Leitung von Geschäften beteiligt sind, nicht am Resultat zu beteiligen. Eine einzige Dummheit weniger kann das schon wieder einbringen. Bei großen und nament-

lich verzweigten Geschäften, die man nicht selbst übersehen und speziell dirigieren kann, muß man einen wesentlichen Teil des Gewinns seinen Stellvertretern zuwenden. Das ist eine Grundregel für guten Betrieb großer Geschäfte. Seit in Berlin alle Meister sogar eine jährliche, vom Werkstattsgewinn abhängige Prämie erhalten, ist ein ganz anderer Geist eingezogen; wir arbeiten mehr, billiger und besser und wissen dabei nicht die Arbeit zu bewältigen. Einer gleichen Auffassung gibt auch der unlängst verstorbene große amerikanische Organisator Andrew Carnegie in seiner Schrift: „Das Evangelium des Erfolges“ Ausdruck, wo es u. a. heißt: „Es darf als ein ökonomisches Gesetz gelten, daß dasjenige Geschäft, das die größte Anzahl von Gehilfen am Gewinn beteiligt unter sonst gleichen Bedingungen am meisten Erfolg haben wird.“

Der hier entwickelte Grundsatz dürfte zweifellos auch im Staatsbahnbetriebe, der doch auch ein wirtschaftliches Unternehmen darstellt, mit gutem Erfolge sowohl für die Verwaltung als auch für ihre Angestellten zur Anwendung zu bringen sein. Damit soll beileibe nicht etwa einer Verminderung der Arbeitskräfte, mit der gerade die Eisenbahnverwaltung schon immer über das Maß des Erträglichsten hinausgegangen war, oder einer Wiederbeseitigung des eben mühsam erreichten Achtstundentages das Wort geredet werden. Was wir im Auge haben, ist vielmehr, jeden einzelnen Bediensteten durch die Teilnahme am Betriebsgewinn und die sich dadurch für ihn ergebende Verbesserung seiner eigenen materiellen Lage zur zielbewußten Sparsamkeit und tatkräftigen Unterstützung der Verwaltung in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen zu erziehen, seine Arbeitslust, Schaffensfreude und sein Dienstinteresse anzuspornen und seinen Ehrgeiz zu wecken. In hingebender und je eifriger jeder einzelne von uns sich die Steigerung der Einnahmen und Verminderung der Ausgaben anlegen sein lassen wird, desto größer wird der wirtschaftliche Erfolg sein, an dem er wie die Verwaltung zum Nutzen der Allgemeinheit teilnehmen. Man denke einmal daran, welche Unsummen im Kleinen allein schon erspart werden können durch Vermeidung jeglicher Vergeudung von Materialien und schonende Behandlung der Geräte. Wenn hierin z. B. von Bahnunterhaltungsarbeitern, die sich oft des hohen Wertes der durch ihre Hände gehenden Bau-, Oberbau- und Betriebsstoffe gar nicht bewußt sind, geseht wird und der Rottenführer nicht eingreift, so tragen beide dazu bei, das Betriebsergebnis zu verschlechtern. Ein eingeparter Fleiß, weniger verbrauchte Vordrucke, mehrfach verwandte Briefumschläge, rechtzeitige ausgelagertes Licht machen, mit der Riesenzahl der Angestellten der Staatseisenbahnverwaltung vervielfacht, einen erklecklichen Gewinn aus. Schon die Erziehung des gewaltigen Personals allein, mit dem Staatsapparat so umzugehen, wie es ein sorgsamer Hausvater mit dem seinigen zu halten pflegt, verbürgt wesentliche wirtschaftliche Erfolge. Und nun vergegenwärtige man sich aber erst, welche Beträge im großen — von den hier entwickelten Gesichtspunkten aus betrachtet — beim Bau, im Betriebe, Verlehrs, in der Verwaltung, im Werkstattwesen noch herausgewirtschaftet werden können. Es dürfte kaum ein Tätigkeitsfeld im weiten Staatsbahnbereich geben, auf dem sich nicht noch Ersparnisse erzielen lassen möchten, und kaum einen Bediensteten, der nicht in der Lage wäre, dabei für seinen Teil — und sei er noch so bescheiden — mitwirken zu können. Der Rahmen dieser Abhandlung sowie Raumangel verbieten es, hier all die Möglichkeiten zu erschöpfen, die sich für eine günstige Finanzgebarung noch ausnützen ließen.

Um nun irgend ein Beispiel für die Verminderung der Ausgaben und die Steigerung der Einnahmen herauszugreifen, so überlege man mal, welchen unnötigen Gelbverbrauch die Mitführung eines entbehrlichen Personenwagens oder eines nicht ausgelasteten Güterwagens infolge der vermehrten Inanspruchnahme der Lokomotivkraft, des Ölverbrauchs, des Bederns, Achsen-, Radreifen-, Schienen- und Schwellenverschleißes, der Abnutzung der Zug-, Brems- und Heizkuppelungsapparate bedeutet oder welchen Ertrag auf der anderen Seite eine stetige, straffe Fahrkartentontrolle im Zuge, namentlich bei der heutigen gesunkenen Volksmoral, und die Nachabfertigung des in den Abteilen über die zulässigen Grenzen hinaus verstreuten Reisegepäcks einbringen möchten.

Mag es auch schwierig sein, den richtigen Schlüssel für die Verteilung des Gewinnanteils zu finden, soviel steht jedenfalls fest, daß das Prämienystem die Interessengemeinschaft zwischen Eisenbahnverwaltung und ihrem Personal zweifellos steigern würde.

Die von der ungarischen Staatsbahn ausgeschütteten Beiträge bewegen sich, je nach dem Dienstgrade, zwischen 300 und 1600 Kronen.

Bur Aufklärung an die Mitglieder der Rottenführer-Bezirksvereine des D.-B. Elberfeld.

Beiträge für die Eisenb.-Bundesgewerkschaft sind nicht an die Schatzmeister der Rottenführer-Bezirks-Vereine zu senden. Diese 3 Mark vierteljährlich für die Bundesgewerkschaft werden durch besondere Vertrauensmänner, welche von den Ortskartellen bestellt sind, einliefert. Diese verteilen auch das Eisenbahnbundesblatt. Die Zuschriften an mich, die Gewerkschaftsbeiträge seien zu hoch, sind nutzlos, diese sind einheitlich für alle Bezirke festgelegt. Die Gewerkschaften gebrauchen, um für uns etwas Nützliches zu schaffen, sehr viel Geld. Mit 25-Pfg.-Beiträgen kann heute nichts mehr unternommen werden. Wollen wir etwas erzielen, dann dürfen wir nicht mit den Mitteln hierzu knausern.

Mit toll. Gruß!

A. Deub.

Anmerk. der Red.: Seit wann ist Herr Deub berechtigt, alle Mitglieder des Rottenführerverbandes im Direktionsbezirk Elberfeld zu zwingen, die hohen Beiträge zu zahlen? Deub ist es doch bekannt, wie der Gewerkschaftsbund die Rottenführerstellung einschätzt, was er ja selbst zugeben mußte. Kein Mitglied kann gezwungen werden, die Beiträge zu zahlen.

Eingefandt.

Gemäß Antrag der Rottenführer des Direkt.-Bezirks Elberfeld erlaube ich mir folgende Anfragen und Aufklärungen zu veröffentlichen:

Dient unsere Zeitschrift heute eigentlich als Flug- oder Schmähchrift, oder haben wir Kollegen unter den Mitgliedern des Rottenführerverbandes, welche geschäftlich für andere Gewerkschaften agitieren, oder wissen sie nicht, was sie tun?, so fragen sich heute treffend die Kollegen.

„Fort!“ mit diesen Schmähungen und Behereien gegen andere Beamten und Gewerkschaften, denn dadurch machen sich gerade die Rottenführer zu den dümmsten Kälbern, die ihre Messer selbst wählen.

Leider — ist man sich auf dem Verbandstage in Essen nicht einig geworden, um sich der Deutschen Eisenbahner-Gewerkschaft voll und ganz anzuschließen. Ja, leider hat die ganze Unterbeamtenenschaft es nicht verstanden, eine große Unterbeamten-Gewerkschaft zu bilden.

Selbst bin ich kein Zukunftsfremder, aber ich sage mir, die Scheidung der Geister wird kommen nach der Besoldungsregelung. Heute bemerkt man so recht bei sämtl. Beamten, Hilfsbeamten und Anwärtern die Jagd nach dem Glück. Der Eisenbahnerbundesgewerkschaft haben sich nunmehr 41, darunter die größten Eis.-Fachverbände, angeschlossen. Dem Eisenb.-Beamtenbundes-Gewerkschaftsbezirk Elberfeld haben sich in den letzten 5 Wochen allein 17000 Beamte, Hilfsbeamte und Anwärter angeschlossen, gemäß Feststellung auf dem Delegiertentag im Kaiserpalast in Hagen am 20. 11. 19. Man liest nun sehr häufig in unserer Fachzeitschrift: Was hat uns die Bundesgewerkschaft bisher Gutes gebracht? Liebe Kollegen! Die Bundesgewerkschaft ist erst kürzlich geboren und trotzdem hat dieselbe für die Eisenbahnbeamten schon sehr vieles geschafft, es wissen nur die Kollegen nicht zu schätzen, welche sich nicht betätigen an Verbands- und Gewerkschaftsarbeit. Ich frage nun: Was hat uns bis heute die Deutsche Eisenbahnergewerkschaft Gutes gebracht? (Wenn die Gewerkschaft d. E. nicht anderes getan hat, so hat sie es verstanden, die Unterbeamtenklassen sich näher zu bringen und auf einen engen Zusammenschluß hinzuarbeiten. Leider hat der Bund diese Einigkeit zertrümmert, und ich fürchte, daß diese es noch einmal bitter bereuen werden.) Liebe Kollegen! Seid einig, wie uns Kollege Scholz in Nr. 22 in unsere Zeitschrift am Schluß seines Artikels mahnt. Greift mit hinein und kämpfet alle Mann für Mann für unseres Standes Wohl, sei es in der deutschen Eisenb.-Gewerkschaft, oder in der Eisenb.-Bundesgewerkschaft. Schiedt in beide Gewerkschaften als Vertreter die besten Leute unseres Standes. Seien wir den Bez.-Vereinen dankbar und noch recht behilflich, welche sich der E.-Beamtenbundes-Gewerkschaft anschließen und darin für unsere Besserstellung mitarbeiten. Unsere Wünsche müssen selbstverständlich durch beide Gewerkschaften nach oben hin einheitlich klingen. Dazu ist es erforderlich, daß sich die Vertreter an den Verbandsvorsitzenden Rolf, Karl Schneider in Dahlenhausen-Ruhr wenden. Er wird jedem gerne die Wünsche der Rottenführer mitteilen, und die Vertreter der Gewerkschaften haben die Pflicht, sich genau an diese Forderungen der Rottenführer zu halten und dieselben durchzuführen.

Sollten trotzdem unsere berechtigten Forderungen nicht erfüllt werden, so brauchen wir uns später nicht vorzuwerfen: Hätten wir in dieser oder jener Gewerkschaft mitgearbeitet, so hätten wir besser abgeschnitten. Im Eisenbahnbundes-Gewerkschaftsbezirk Elberfeld ist die Unterbeamten-Gewerkschaft mit überwiegender Stimmenmehrheit vertreten, wer wollte es wagen, gegen unsere Forderungen zu stimmen? Der wollte doch wohl in Zukunft bei uns keine Stütze suchen. Für solche Zusammenlegung des Vorstandes, müssen die Unterbeamten in ihren Bezirken Sorge tragen. Ob Hilfsbeamte oder Vorarbeiter, für alle wird in der Bundesgewerkschaft gekämpft. Vor einigen Wochen ging uns vom Berliner Vorstand der neue Gehaltsplan zur Einsicht und Aeußerung, betreffs Besoldungsregelung, zu. Den Kollegen hätte ich gerne diesen Gehaltsplan durch unsere Zeitschrift zur Kenntnisnahme vorgelegt, aber dieses ist nicht gestattet, es soll nicht den Schein erwecken, als ob die Gewerkschaft damit Agitationsarbeit betreiben wolle. In diesem sind nur 7 Gehaltsklassen vorgesehen. Die Klassenunterschiede sind darin gänzlich beseitigt, die Regierungsräte belägen in Zukunft nur 80 Prozent mehr als die geringst besoldeten Beamten. Höchstgehalt erreichbar in 15 Jahren in Steigerungen von 1 und 2 Jahren. Ueber die Aenderung der Mietentschädigung ist Bescheid gefordert worden. Die Sachverbandsvorsitzenden werden sich nun das Bild genau ansehen und mitbestimmen, in welche Gehaltsklasse ihre Leute hineingehören, und dabei werden noch sehr große Schwierigkeiten zu überwinden sein. (Auch im Bund?) Für die Hilfsbeamten und Anwärter wird schnellere Anstellungsmöglichkeit verlangt (haben wir schon lange gefordert), Stellenzulage und monatliche Durchlohnung, die Nachzahlung der Beschaffungsbeihilfe und Kinderzulage in der Höhe gefordert, wie sie die Beamten erhalten sollen. Diesen Forderungen der Eisenb.-Bundes-Gewerkschaft für die Hilfsbeamten und Anwärter wollen die Arbeitergewerkschaften unter keinen Umständen zustimmen. (Oh!) Deshalb, Kollegen, mit her an's Werk und unterstützen wir unseren Sachverbandsvorstand mit allen Kräften, sei es durch die D. E.-Gewerkschaft oder durch die Eisenbahner-Bundes-Gewerkschaft. Fordert unsere Hilfsrottenführer und Vorarbeiter zur tatkräftigen Mitarbeit auf, damit sie nicht unsere alten Leiden später erdulden müssen. Wir sind Beamte und sie wollen Beamte werden, und deshalb gehören wir ohne Zweifel hinein in die Beamten-Gewerkschaft. Niemals werden die Arbeitergewerkschaften etwas Besonderes für Beamte, Hilfsbeamte und Anwärter vom Staate fordern, denn sie sorgen nur mit Recht für sich und rufen den Beamten zu: Fort mit der Beamten-Gewerkschaft, der Arbeiter kann dasselbe dem Staate leisten! Deshalb fort mit allen Hezereien und Schmähungen aus unserer Zeitschrift, denn dieses wird genügend besorgt in den Gewerkschaftsteilungen, von unserem Geld. Wir haben nunmehr satt von diesem Unsinn und Krakehl, der uns sehr zum Schaden und nicht zum Nutzen ist.

Friede ernährt und Unfriede verzehrt.

Mit toll. Gruß!

A. Deuß,

Schriftf. des Bezirksvereins Düsseldorf und Vorstandsmitglied des Eisenbahnbundes-Gewerkschaftsbezirk Elberfeld.

Anmerk. der Red.: Wir bringen dieses Eingekandt zur Kenntnis der Mitglieder und trauen denselben soviel Kenntnis der Sachlage zu, daß sie selbst die Entscheidung treffen können.

Wenn man das Eingekandt des Vorsitzenden des Bezirksvereins Breslau, des Unterassistenten Heinrich Scholz, in Nr. 22 unserer Zeitschrift zu Gesicht nimmt, so kommt man unwillkürlich zu dem Gedanken, daß der Unterassistent Scholz den Grundsatz vertritt: Wenn zwei das gleiche tun, so ist es nicht dasselbe.

In dem Eingekandt unserer Zeitschrift Nr. 22 polemisiert Scholz in fast lächerlicher Weise gegen den Sachverbandsvorstand, daß derselbe der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner Raum in unserer Zeitung gibt, nach der Meinung von Scholz für Agitationszwecke. Der Unterassistent Scholz übersieht aber anscheinend im blinden Eifer, daß er in unserer Zeitschrift mit himmelwärts gerichteten Blicken die schönsten und herrlichsten Loblieder auf den Beamten-Gewerkschaftsbund singt. Also Herr Scholz, ist das nicht dasselbe?! Dann sagt Scholz in seinem Eingekandt, daß auf dem diesjährigen Verbandstage 14 Delegierte mit 1886 Mitgliedern für den Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten und 21 Delegierte mit 1241 Mitgliedern gegen den Bund gesprochen haben. Hieraus scheint Scholz die Schlüsse zu ziehen, daß die Mehrheit der Kollegen für den Beamten-Gewerkschaftsbund wäre. Scholz

bedenkt aber nicht, daß die Zeiten sowohl wie auch die Leute sich ändern, denn er berücksichtigt vor allen Dingen nicht, daß auf dem Verbandstage 1500—1600 Mitglieder nicht vertreten waren. Folglich kann Scholz auch nicht feststellen, welcher Richtung die nicht vertretenen Mitglieder sich anschließen, also mit einem Wort gesagt: die Mehrheit des Verbandes. Zudem möge Scholz bedenken, daß schon ein gewisser Teil von den 1886 Mitgliedern, worauf er mit so großem Selbstbewußtsein hinweist, heute schon von der Beamten-Gewerkschaft nur abgerückt ist. Für jedes objektiv urteilende Mitglied müssen die Ausführungen des Unterassistenten Scholz sehr sonderbar wirken, indem er sagt: Wir müssen verlangen, daß alle Beschlüsse des Verbandstages ausgeführt werden, denn sonst tritt das Verhältnis von 1911/12 in unserem Verbands wieder ein.“ Was will Scholz damit sagen, will er etwa den Sachverbandsvorstand einschüchtern, daß er die Beschlüsse nicht hält? Denn unter die Beschlüsse fiel auch die Entschliegung, daß der Verband vorläufig auf 1 Jahr in seinem bestehenden Verhältnis zum Reichsfartell bzw. zur Gewerkschaft deutscher Eisenbahner bleibe, um die weitere Entwicklung abzuwarten. Folglich verlangen wir, daß in unserer Zeitschrift Raum für die Gewerkschaft bzw. unsere Standesorganisationsfrage frei bleibt, die wir strikte durchgeführt wissen wollen. Also, Herr Scholz, ist dieses auch ein Beschluß des Verbandstages, wogegen Sie protestieren, aber der Protest ist durchaus nicht berechtigt. Aber es ist kein Beschluß des Verbandstages, nach Ihrer Auffassung das Verhältnis von 1911/12 wieder eintreten zu lassen, um dem Verbands wieder mehrere 1000 Mark Untkosten, zum Schaden unserer Wohlfahrtskassen, aufzubürden. Recht komisch wirkt der Gedanke des Unterassistenten Scholz, daß unser Verband ohne Zuhilfenahme einer Gewerkschaft allein stark genug sei, um unsere Standeswünsche durchdrücken zu können. Die Unterfertigung der Redaktion: dann brauchen wir auch nicht den Gewerkschaftsbund, ist somit durchaus zutreffend. Unterassistent Scholz singt wohl die Loblieder des Gewerkschaftsbundes, bläst aber nicht dessen Trauermärsche, daß ihm 118 000 Mark in der Kasse fehlen, die vielleicht durch die 10 Prozent von der Beschaffungsbeihilfe, wie sie der Gewerkschaftsbund fordert, oder von sonstigen Brotgroschen unserer Kollegen gedeckt werden sollen. Kollegen von Breslau und alle: Gehn Euch die Augen noch nicht auf, wohin die Reise geht? Auch im Elberfelder Direktionsbezirk sitzt ein Kollege, der den Mund nicht voll genug nehmen kann, um für den Gewerkschaftsbund zu agitieren. Und warum agitiert dieser Kollege für den Gewerkschaftsbund?! Weil er auf der Vorschlagsliste zur Beförderung steht. Ob dies bei Scholz und noch anderen Kollegen auch zutrifft, will ich nicht behaupten, aber Scholz ist schon Unterassistent, folglich nicht mehr Rottenführer. Kollegen, bzgl. dieser Vorschlagslisten lehnen wir eine Begünstigungswirtschaft voll und ganz ab. Frei empor durch eigne Kraft! Dann weiter! Ein Unterassistent kann meines Erachtens die Interessen eines Rottenführers nicht vertreten, und ganz besonders kann er über die praktische Tätigkeit und das dienstliche Verhältnis zu seinem Vorgesetzten kein Urteil fällen, wie der Fall (Berlin) in unserer Zeitschrift darthut.

Kollegen, den Schlußsatz aus dem Eingekandt Nr. 22: Seid einig! einig!! würden wir uns gern zu Herzen nehmen, wenn er ehrlich gemeint ist.

Johann Fink.

Ueber die Unterhaltung des Oberbaues, worüber in Nr. 19 unserer Zeitung der Ingenieur Horn seine Ansichten kundgab, ist auch unterdessen von verschiedenen Kollegen manches geschrieben und geredet worden. Der eine findet alles, was der betr. Herr äußert, für richtig, der andere ist nicht in allen Punkten mit den Ausführungen einverstanden. Wir sind nur in einem Teile nicht damit zufrieden, nämlich mit der Klassifizierung der Rottenführer zum Oberrottenführer, sodann zum Unterbahnmeister. Nur die Hebung unseres gesamten Standes in die Werksführerklasse erstreben wir, und darüber sind wir Kollegen im Essener Bezirks-Verein alle einig. Jede Klassifizierung lehnen wir ganz und gar ab, entweder wird der ganze Stand gehoben, oder es bleibt beim alten, mit der sogenannten Liebedienerei wollen wir im neuen Deutschland doch nichts mehr zu tun haben. Damit muß es für alle Zeiten ein Ende haben. Gewissenhaft und gerne wollen wir unseren Posten versehen, wenn wir erfahren haben, daß die Verwaltung unsere Arbeiten wertzuschätzen gelernt hat, was bis jetzt leider noch nicht geschehen ist. Daß der Herr Ingenieur dem Rottenführerstande die Wertschätzung entgegenbringt, die ihm gebührt, ist sehr erfreulich, und noch von keinem unserer Vorgesetzten haben wir derartige Aeußerungen vernommen. Auch redet er von der dringenden Hebung unseres Standes, was sehr zu begrüßen ist und schon längst hätte geschehen müssen zum größten Vorteile der Verwaltung. Es ist keine Stellung

so gering bewertet worden, wie die unserer, obgleich es doch eine Vertrauensstellung ist. Die Stellung des Rottenführers ist bisher am wenigsten beachtet worden. Jeder andere Beamte, wenn er auch nur vier Mann in der Gruppe hat, befindet sich in gehobener Stellung, nur der Rottenführer nicht, wenn er auch 20 bis 50 Mann zu beaufsichtigen hat. Wie gering die Arbeit des Rottenführers eingeschätzt wird, sieht man so recht drastisch an dem Fall des Kollegen Klexer, Berlin, wo seitens des Herrn Betriebs-Ingenieurs dortselbst, der doch die Bahnunterhaltungsarbeiten einzuschätzen wissen muß, gesagt wurde: Die Arbeiten kann jeder Arbeiter leiten. Ich kann dem betr. Herrn verraten, daß ich eine Kolonne von 20 Mann habe, und wenn ich von meinem Bahnmeister vorübergehend abberufen werde, ich erst oft ganz minderwertige Arbeiten anordnen muß, weil nicht ein einziger eine einzige Schienenlänge zum Durchstopfen anheben kann, obgleich ich schon verschiedentlich versucht habe, irgend den besten Arbeiter dazu anzulernen. Zugegeben, daß es in jedem Stande Vorgesetzte gibt, die ihre eigenen Ansichten haben, aber wenn der betr. Kollege nicht ausführte, was der Bahnmeister anordnete, so brauchte doch nicht gleich ein höherer Vorgesetzter dazukommen, um den Rottenführer zu bestrafen. Schon des öfteren hat der Bahnmeister mir durch Fernsprecher dergleichen Aufträge zugehen lassen, welche ich nicht ausführte, nur aus dem Grunde, weil nach meiner Berechnung dadurch zu viel an Arbeitsleistung während meiner Abwesenheit verloren gehen würde. Derselbe Grund wird den betr. Kollegen doch auch bestimmt haben. Ich meinerseits habe deswegen noch nie einen unfreundlichen Ton zu hören bekommen und führe noch jetzt des öfteren dergl. Aufträge aus dem Grunde nach Dienstschluß aus. Man sieht hier, daß es auch auf anderem Wege geht, und der betr. Bahnmeister hat bei einer derartigen Handlungsweise nicht alle Bahnmeister auf seiner Seite, wie mir zugestanden wurde.

Nun erhebt auch in der Nr. 44 die Bahnmeister-Wochenchrift ihre Stimme in mehreren Eingelands und nimmt Stellung zu den Meinungen des Betr.-Ing. Horn. Im größten Teile sind dieselben für die Hebung des Rottenführerstandes und sprechen für eine bessere Bewertung, wollen so mit dafür eintreten. Daß von dem Herrn Verfasser die Klassifizierung bis zum Unterbahnmeister angeregt worden ist, damit sind die Herren der Eingelands durchaus nicht einverstanden und verlangen, daß die Rottenführer darauf verzichten. Den Titel erstreben wir auch durchaus nicht, wie schon eingangs erwähnt wurde, mit Titeln kann uns nicht geholfen werden, so war die einstimmige Meinung in der letzten Vereinsversammlung. Auch wird hervorgehoben und anerkannt, daß die Rottenführer sehr tüchtig und wichtige Arbeiten auszuführen imstande sind, aber zur Vertretung des Bahnmeisters will man es nicht kommen lassen. Das darf ja auch nur ein formlos zum Bahnmeister geprägter Anwärter, wenn er auch noch so wenig praktische Erfahrungen hat, aber ja kein Rottenführer, wenn er auch jahrzehntelang in der Bahnunterhaltung beschäftigt ist und niemals von einem Bahnmeister hat befehrt werden müssen. Einer der Herren Eingelander verleiht sich sogar zu der Äußerung, daß bei Umbauten, Weichenenerneuerungen und sogar beim Einbauen von Steinschlag der Bahnmeister nur in dringenden Fällen fehlen darf. Das ist doch hoffentlich wohl so zu verstehen, daß die Dienstvorschrift es so vorschreibt, und nicht etwa, daß der Rottenführer solches ohne Bahnmeister nicht kann. Auch ohne Anwesenheit des Bahnmeister stellt jeder Rottenführer, der Anspruch auf Tüchtigkeit erhebt, dergleichen Arbeiten, auch die schwierigsten, fertig. Das haben wir doch stets bewiesen, und wieviel Hundert Kilometer Steinschlag mögen die Rottenführer wohl schon ohne Aufsicht eingebaut haben. Wir erstreben eine verschärfte Prüfungsordnung und wünschen, daß uns mehr Verantwortung übertragen wird, damit wir dergleichen Arbeiten auch ohne Aufsicht ausführen dürfen. Wir hoffen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo unsere Wünsche in Erfüllung gehen werden.

G. Kerstjens.

Erwiderung auf das „Eingelands“ des Kollegen Scholz (Breslau).

In dem Eingelands in der Zeitschrift vom 15. November wird von obigen Kollegen angeregt, am Gewerkschaftsbund (Beamtenbund) festzuhalten. Augenblicklich können wir im Direktionsbezirk Magdeburg nicht anders; denn wir werden bei der Direktion nur vom Beamtenbund durch den Beamtenauschuß vertreten. Wir werden aber von diesem Beamtenauschuß nicht in dem Maße vertreten, wie wir es wollen. Die Lokführer haben z. B. eine geschlossene Gewerkschaft, von der sie richtig vertreten werden. Hier im Bezirk sind schon die gehobenen Unterbeamten dabei, selbständige Gewerkschaften zu bilden, unter Mitnahme der

Weichensteller 1. Kl. Dieses müssen wir Unterbeamten verwerfen, denn nur Einigkeit macht stark. Darum, Unterbeamte, wir müssen auch eine geschlossene Gewerkschaft bilden, die uns vertritt, wie es uns zutrifft. Bis jetzt sind wir im Gewerkschaftsbund die zahlenden Mitglieder, werden aber von letzterem nicht in genügendem Maße vertreten. Haben wir erst eine eigene Gewerkschaft, dann können wir uns die Seite aussuchen, mit der wir gehen wollen. Auch den Weg, den Kollege Herwert gehen will, können wir so ohne Gewerkschaft der Unterbeamten nicht mit einschlagen; denn jeder Beamte will sich doch verbessern und mit seinem Lohn beim Höchstlohn der Arbeiter anfangen. Hier werden wir aber von den Arbeitern bekämpft. Schwanken wir zur Arbeitergewerkschaft, dann werden wir meines Erachtens nicht mehr vertreten wie vom ersten.

Darum, Kollegen, erst einen festen Fachverein und dann alle Unterbeamte in eine eigene Gewerkschaft, dann können wir unseren Sitz behaupten.

Sermann Wendhausen.

Vereinsnachrichten.

Bez.-B. Aachen. Versammlungsbericht vom 30. 11. 19. Nach Begrüßung der sehr zahlreich erschienenen Kollegen und nachdem der Vorsitzende den als Gast anwesenden 1. Vorsitzenden des Weichensteller-B.-B. Aachen der Versammlung vorgestellt hatte, welcher außerhalb der L.-D. über die kommenden Stadtratswahlen sprach, wurde vor Eintritt in die L.-D. das Andenken der verstorbenen Ehefrau des Koll. Peter Rasch in üblicher Weise geehrt. Sodann wurde die Tagesordnung bekanntgegeben und erledigt. U. a. erstattete der Vors. an Hand der endlich eingegangenen rückständigen Nummer der Rottenführerzeitung Bericht über die Arbeiten des Verbandes zur Besserstellung unseres Standes. Weiter berichtete derselbe nochmals eingehend über die Verhandlungen des Verbandstages. Die Kollegen waren mit dem Verlaufe der Verhandlungen und den gefaßten Beschlüssen voll auf einverstanden. Der Verbandsvorstand, die Mitglieder des Bez.-Vereins Aachen, sowie alle, die ein Interesse daran haben, wollen folgendes im Adressenverzeichnis (Beilage zu Nr. 22) handschriftlich nachtragen. 1. Schriftführer Rottenf. Barthel, Hansen, Schniedhof, Post Walheim. 1. Schatzmeister Rottenf. Heint. Dohmen, Post Laurensberg b. Aachen, Soers 28 I. Weiter werden die Mitglieder gebeten, dem Unterzeichneten sofort umgehend mitzuteilen: 1. wer seine Zeitung noch nicht erhalten hat, 2. jede Wohnungsänderung. (Der Einzelversand durch die Post innerhalb des von den Belgieren besetzten Gebietes ist wieder gestattet.) Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der vierteljährliche Beitrag ab 1. Oktober 1919 3 Mark beträgt (Verbandstagsbeschluss). Um es dem Schatzmeister zu ermöglichen, seine Beiträge pünktlich an den Verband abzuführen, sollen vom 1. Januar 1920 an die Beiträge im voraus gezahlt werden. Unsere nächste Versammlung findet am Sonntag, den 4. Januar 1919, nachm. 1 Uhr, in Aachen, Bahnhofstr. 30, statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Es findet wieder ein lehrreicher Vortrag statt. Nichtmitglieder sind einzuführen. Eine Verlegung der Versammlung auf eine frühere Stunde war nicht möglich, da der Saal vormittags besetzt ist. Die säumigen Zahler bitte ich, umgehend ihren Beitrag an Rottenführer H. Dohmen, Laurensberg b. Aachen, einzusenden.

Der Vorstand. J. Jansen, Vors., Eilendorf, Bahnhofstr. 92.

Bez.-B. Allenstein. Die nächste Versammlung findet am 1. Januar (Neujahr) 1920, vormittags 11.30 Uhr, im Hotel Kaiserhof (Kniffth), Vorkstadt Allenstein, statt. Zur Erledigung stehen wichtige Sachen, auch wünscht unser Vorsitzender vom Beamtenbund, Bahnmeister Nürnberger, an der Versammlung teilzunehmen, da er uns wichtige Sachen vorbringen will. Wir bitten alle unsere Kollegen, vollständig zu der Versammlung zu erscheinen.

J. A.: Symanski, Schriftf.

Bez.-B. Bremen. Einladung. Die nächste Versammlung findet Sonnabend, den 10. Januar 1920, nachm. 6 Uhr, in Bremen bei D. Schnars an der Weide 17 statt. Wegen Beschließung über Einteilung von Ortsvereinen bitte ich sämtliche Kollegen, soweit es möglich ist, mit den Zügen zu kommen und an der Versammlung teilzunehmen. Hoffe, daß auch viele Nichtmitglieder von den Kollegen eingeführt werden, da viele Kollegen noch keinem Verein angehören. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Ich erinnere nochmals daran, die Vierteljahrsbeiträge von 3 Mark an den Schatzmeister pünktlich einzusenden.

Der Vorstand. Immoor, Bez.-Vors.

Bez.-B. Bremen. Versammlungsbericht. Am 26. Oktober 1919 hielt unser Bezirksverein seine Vierteljahres-Versammlung in Bremen ab. Die Versammlung war wegen Einstellung des Sonntagszugverkehrs nur schwach besucht, was sehr zu bedauern ist, zumal in dieser Zeit, wo unsere Landesangelegenheiten so ernst gefährdet sind und jedes Kollegen Mitwirken unbedingt erforderlich ist. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, diesen Mangel zu beheben, welches in der nächsten Versammlung durch Bildung von Ortsgruppen innerhalb des Bezirks-Vereins versucht werden wird. — Um 2 Uhr wurde die Versammlung durch unsern 1. Vorsitzenden, Kollegen Immoor, eröffnet, welcher die erschienenen Kollegen begrüßte und für ihr Erscheinen dankte. Es wurde dann zur Tagesordnung übergegangen. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde für richtig befunden. Von den erschienenen Kollegen und Vertrauensmännern wurde der Beitrag erhoben. Neu aufgenommen in den Verein wurden die Kollegen Hilfsrottenführer August Rißmann, Buchholz, und Rottenführer Wilhelm Brandes, Bassen, Kreis Adm. Unter „Verschiedenes“ wurden Standesangelegenheiten und verschiedene Mängelstände erörtert und besprochen. Aus der Versammlung wurde eine Kommission gewählt, welche beim Betriebsamt wegen der vorgebrachten Mängelstände vorstellig werden soll. Weiter wurde beschlossen, den Betrag für einen Kranz bei Beerdigungen von 7 auf 15 Mark zu erhöhen. Allgemein war angeklagt des schlechten Sonntagsverkehrs die Stimmung dafür, die nächste Versammlung im Januar auf einem Wochentag abzuhalten, weil dann der Zugverkehr noch etwas günstiger ist. Um 4 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

W. Itgen, Schriftführer.

Bez.-B. Grefeld. Bekanntmachung. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 11. Januar 1920, 3 Uhr nachmittags, in Grefeld (Vereinslokal, Ostwall- und Stephansstr.-Ecke) statt. Die Kollegen werden gebeten, recht zahlreich an der Versammlung teilzunehmen und Nichtmitglieder einzuführen. Jeder Kollege kann auf diese Weise zur Förderung des Vereins sehr viel beitragen. Dann werden wir auch das Ziel erreichen, was wir uns gestellt haben. Ich bitte die Kollegen, die Beiträge, welche nach dem letzten Versammlungsbeschluss 3,50 Mark betragen, an den Kassierer Hermann Dykers in Grefeld, Döschlangerstr. 73, einzusenden.

J. A.: Schepers, 1. Schriftf.

Bez.-B. Duisburg. Bekanntmachung. Wegen der Zugverkehrseinschränkungen an den Sonntagen findet unsere nächste Versammlung Samstag, den 3. Januar, nachm. 4 Uhr, im Vereinslokal in Duisburg statt. Vom Vorstand ist Sorge dafür getragen, daß jeder Kollege so frühzeitig von seinem Dienst beurlaubt wird, daß er der Versammlung beiwohnen kann. Ich richte deshalb an alle Kollegen die dringende Bitte, vollständig zu erscheinen, da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist. Außerdem bitte ich die noch fernstehenden Kollegen einzuführen.

Johann Fink, 1. Vorf.

Bez.-B. Duisburg. Bekanntmachung. Den Kollegen zur Kenntnis, daß mir nach persönlicher Vorstellung bei der Eisenbahn-Direktion die Zulassung gegeben wurde, daß die Ausgleichsgelder für 1918 dieser Tage ausbezahlt werden. Die Summe schwankt zwischen 41,— bis 224,— Mark.

Fink, Vorf.

Bez.-B. Essen. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 23. November die Bezirksgruppe Wanne gebildet ist. Folgende Mitglieder treten ab 1. 1. 1920 dorthin über: Hermann Buschau, Gelsenkirchen; Franz Bornemann, Reddinghausen; Ludwig Deuser, Gelsenkirchen; Rud. Dilla, Wanne; Herm. Geinzel, Reddinghausen; Jak. Huhn, Eidel; Wilh. Kahlmann, Sinsen; Heinr. Rutenbrink, Reddinghausen; Georg Waibbaum, Spedborn; Christ. Ortwein, Wanne; Thomas Pielka, Eidel; Aug. Reddemann, Wanne; Heinr. Ritt, Gelsenkirchen; Bruno Römer, Herne 2; Aug. Reinkens, Wanne; Wilhelm Schlottmann, Herne; Heinrich Südmann, Wanne; B. Siewensky, Suderwig; Joh. Schwarz, Wanne; Jos. Strammann, Reddinghausen; Franz Schlüter, Gelsenkirchen; Joh. Sondermann, Reddinghausen; Frit. Treue, Wanne. Wir bitten die vorgenannten Kollegen, die Mitgliederbeiträge, soweit noch rückständig, beim Bez.-B. Essen zu begleichen und sich vom 1. 1. 20 an als zur Bezirks-Gruppe Wanne gehörend zu betrachten. Die am 23. 11. 19 neu aufgenommenen sieben Kollegen entrichten schon jetzt ihre Beiträge beim Bezirks Wanne.

Der Vorstand. J. A.: Kerstjens, Schriftf.

Bez.-B. Finsterwalde. Unsere erste Bezirksversammlung findet am Sonntag, den 4. Januar 1920, 9 Uhr vorm., im Gasthof zum grünen Berg in Dobritsch, statt.

Karl Tsch, Bez.-Vorf.

Bez.-B. Guben. Versammlungsbericht vom 5. Oktober 1919. Die ziemlich gut besuchte Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden, Kollegen Neumann, um 11½ Uhr vormittags eröffnet. Nach Begrüßung der anwesenden Mitglieder wurde die 4 Punkte umfassende Tagesordnung bekanntgegeben und erledigt. Punkt 1 (Zahlen der Beiträge) wurde in üblicher Weise durchgeführt. Punkt 2: Aufnahme neuer Mitglieder. 5 Mitglieder wurden aufgenommen. Es sind aber immer noch Säumige vorhanden, die sich nicht entschließen können, ihrem Fachverband beizutreten. Punkt 3: Bericht über den Verbandstag. Kollege Naaf gab aufklärenden Bericht, auch über Lieferung von Winterbekleidung. Von unserem Dienststellenvorsteher sind Mäntel schon vor etlichen Wochen angefordert worden, leider sind dieselben aber immer noch nicht eingegangen. Ferner gab Kollege Naaf bekannt, daß auf dem Verbandstage Klage geführt worden ist, daß die Beiträge an den Verbandskassmeister zu spät abgeliefert würden. Das liegt aber nicht an unseren Kassameistern, sondern an den säumigen Mitgliedern, die ihre Beiträge zu spät einsenden. Unter Punkt 4 (Verschiedenes) wurde beantragt und beschlossen, die Vereinsbeiträge ein Vierteljahr im Voraus zu zahlen, damit der Kassmeister in der Lage ist, das Geld rechtzeitig an den Verband abzuliefern. Darum, Kollegen, die ihr am 30. November nicht zu der außerordentlichen Versammlung kommen könnt, schickt 3,— Mark Beitrag an unseren Kassmeister Kollegen Dörwerf, Jänschwalde, dann sind wir gleich ein Vierteljahr im Voraus. Das Bestellgeld nicht vergessen! Es wurden auch noch verschiedene Vereinsangelegenheiten besprochen. Schluß der Versammlung 1½ Uhr nachmittags. — Einladung. Unsere nächste Vierteljahresversammlung, gleichzeitig Generalversammlung mit Vorstandswahl, ist auf den 4. Januar 1920 festgesetzt und beginnt um 11 Uhr vormittags. (Guben, Gasthof goldene Krone, Berliner Str.) Wegen der wichtigen Tagesordnung wird gebeten, recht zahlreich zu erscheinen und recht viel neue Mitglieder mit einzuführen.

J. A.: Pohlens, Schriftf.

Bez.-B. Guben. Bekanntmachung. Infolge der schlechten Zugverbindung konnte die außerordentliche Versammlung am 30. 11. 19 nicht stattfinden. Sollte der Personenverkehr an den Sonntagen nicht wieder eingeführt werden, so daß die Kollegen die Versammlung besuchen können, dann fällt die Generalversammlung am 5. Januar 1920 auch aus. Ich bitte darum die Kollegen, die Beiträge (6 Mk. für 2 Vierteljahre) rechtzeitig an unseren Kassmeister Gustav Dörwerf, Jänschwalde, einzusenden. Sollte der Personenverkehr an Sonntagen aber wieder eingeführt werden, so findet die Versammlung bestimmt statt.

J. A.: Pohlens, Rottenführer.

Bez.-B. Halle. Bekanntmachung. Da unsere Versammlung am 16. 11. wegen des schlechten Wetters schwach besucht war, mußten die wichtigsten Punkte der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Unsere nächste Versammlung findet am 4. 1. 20, nachmittags 2½ Uhr, im Vereinslokal (Borls Restaurant, Kurze Gasse 1) statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht jedes einzelnen Kollegen, zu erscheinen. — Einladung zur Gründung einer Ortsgruppe Wittenberg. Bez. Halle. Sonntag, den 18. 1. 20, findet in Wittenberg (Durlals Rest., Friedrichstr. 130), eine Versammlung zwecks Gründung einer Ortsgruppe statt, wozu alle Kollegen, die zur Direktion Halle gehören, eingeladen werden, auch wenn sie einem anderen Bezirksverein angehören, da ihre wirtschaftlichen Interessen doch nur in der Direktion vertreten werden können, welcher sie angehören. Auch hoffe ich auf eine starke Beteiligung aller Kollegen, welche eine gute Bahnverbindung haben.

J. A.: D. Mennicke, 1. Vorf.

Bez.-B. Hamm i. W. Unsere Versammlung findet am Sonntag, den 11. Januar 1920, um 10 Uhr morgens im Vereinslokal, Wirt Nehring, Hamm, Wilhelmstr. 11, statt. Holtsträter, Schriftführer.

Bez.-B. Rattowik. Bekanntmachung. Die nächste Versammlung findet nicht am 5. 1., sondern Sonntag, den 4. Januar 1920, in Beuthen (D.-S.) statt. Sämtliche Kollegen werden gebeten, mit den übrigen Nichtmitgliedern in der Versammlung zu erscheinen.

Rosalla, Schriftführer.

Bez.-B. Leipzig. Versammlung am 7. Januar 1920, abends 7 Uhr, im Vereinslokal.

Otto Jähnigen, Rottenführer.

Bez.-B. Lüneburg. Bekanntmachung. Unsere Quartalsversammlung findet am Sonntag, dem 11. Januar 1920, um 1 Uhr mittags im Vereinslokal (Altenbrüder Ziegelhof) statt. Wenn auch der Zugverkehr schlecht ist, so wird doch

um zahlreiche Beteiligung gebeten. Diejenigen Kollegen, die nicht an der Versammlung teilnehmen können, werden gebeten, den Beitrag rechtzeitig an den Kassierer einzusenden. Der Beitrag beträgt in diesem Quartal wieder 3 Mark. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Zahlen der Beiträge, 3. Stellungnahme zu der Mitteilung des Vorstandes in Nr. 21 der Zeitschrift, betr. Direktionsvereinigung, 4. Anschluß an eine Großorganisation zum nächsten Verbandstage, evtl. Gewerkschaftsbund bzw. Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, 5. Verschiedenes. Zu Punkt 3 und 4 werden die Kollegen gebeten, recht viel Verständnis mitzubringen.

J. A.: Niemann, Schriftf.

Bez.-B. Magdeburg. Einladung. Allen werten Kollegen zur Nachricht, daß am 4. Januar 1920, nachm. 2 Uhr, unsere nächste Versammlung in der „Reichshalle“ in Magdeburg, Kaiserstr. 18, stattfindet. Hierzu sind sämtliche Kollegen freundlichst eingeladen. Die Kollegen werden gebeten, recht viele Nichtmitglieder mit einzuführen zu wollen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Um zahlreichen Erscheinen bittet

Der Vorstand. J. A.: Arndt, 1. Schriftf.

Bez.-B. Marienwerder. Die nächste Versammlung findet am 4. 1. 20, 1 Uhr nachmittags, im Hotel Rgl. Hof in Marienwerder statt. Sollte die Verkehrseinschränkung noch weiter andauern, so muß die Versammlung verlagert werden. Ich bitte die Kollegen, im Interesse des Vereins sich mehr an den Versammlungen zu beteiligen. Es sind immer nur dieselben 10—12 Kollegen, die zur Versammlung kommen. Das ist geradezu jämmerlich von einem Bezirksverein, der 130 Mitglieder zählt. Es werden Kollegen verfehlt, ohne dem Verein etwas mitzuteilen. Wie ist da eine richtige Führung der Bücher möglich? Ich bitte die Kollegen, bei Berichtigungen mir dieses mitteilen zu wollen.

Wilh. Dirla, 1. Vors.

Bez.-B. Salzwechel. Allen Mitgliedern des Bez.-Vereins Salzwechel zur Kenntnis und Beachtung, daß wegen Nichtverkehrens der Personenzüge an Sonn- und Feiertagen unsere auf den 4. Januar nächsten Jahres anberaumte Vierteljahrs-Versammlung nicht stattfinden kann. Wann die Versammlungen wieder stattfinden, wird in der Rottenführer-Zeitung bekanntgegeben. Ich möchte aber jedem Kollegen des Bezirks-Vereins Salzwechel hiermit dringend ans Herz legen, recht pünktlich seine Beiträge (3.— Mark) porto- und bestellgeldfrei an unsern Kollegen Hermann Müller in Hestedt, Post Seimingen, einenden zu wollen, damit derselbe die Beiträge rechtzeitig an den Verband abliefern kann. Zum Schluß allen Kollegen ein recht frohliches und gesegnetes Neujahr!

J. A.: Hermann Nieß, Schriftf.

Verbandsnachrichten.

Am 6. ds. Mts. fand in Duisburg eine engere Vorstandssitzung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über den Gewerkschaftstag der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner in Berlin, 2. Zusammenschluß mit den Kollegen von Süddeutschland, Sachsen und Oldenburg, 3. Welche Folgen entstehen für unsern Verband hierdurch? 4. Beschaffung von Satzungen.

Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende in kurzen Worten den Verlauf des Gewerkschaftstages bekannt und konnte auch mitteilen, daß die erschienenen Kollegen Ufer und Niemann ebenfalls von den Verhandlungen befriedigt heimkehren konnten.

Beide brachten zum Ausdruck, daß die Gewerkschaft weiß, was sie will und daß das Programm derselben nicht nur Forderungen aufstellt, sondern auch Wege zur Verwirklichung aufweist.

Die Besprechung zum Punkt 2 ergab den Beschluß, daß der Zusammenschluß mit den Kollegen der genannten Staaten sobald als möglich gesucht werden mußte, um so mehr, als, wie jetzt bekannt, die Verwirklichung der Eisenbahnen bis 1. 4. 1920 geschehen, und, wie der Finanzminister des Reiches erklärt, die Befolgsordnung in diesem Sinne erfolgen soll. Die Folge ist, daß alle Rottenführer dann Reichsbeamte sind und daher auch einheitliche Interessen vertreten müssen. Der Vorstandsvorsitzende wurde beauftragt, sofort mit allen gegebenen Mitteln mit den Obmännern der Kollegen von Baden, Württemberg und Bayern, dem Verbandsvorsitzenden der sächsischen Kollegen und den Oldenburgern in Verbindung zu treten und die angeknüpften Verhandlungen weiterzuführen. Es dürfte auch jedem unserer Mitglieder einleuchten, daß der Zusammenschluß unbedingt erfolgen muß. Nehmen wir uns ein Beispiel an den Lokomotivführern. Diese haben den Zusammenschluß schon vollzogen, die Bahnmeister sind an der Arbeit, dies Ziel auch zu erreichen.

Bei Punkt 3 erfolgte eine längere Aussprache. Die Unterbeamten der genannten Staaten sind mit den Arbeitern in sogenannten Landesverbänden organisiert und werden auch nie dies Verhältnis aufgeben. Ihre Interessen vertreten sie natürlich auch selbst, aber in wirtschaftlichen Fragen decken sich die Forderungen beider Gruppen und kommen auch gut aus in dieser Organisationsform. Die Landesverbände gehören aber der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Elberfeld, an, die Folge also wäre für uns, daß wir, wenn der Zusammenschluß erfolgt ist, wir in ein Kartellverhältnis zu der Gewerkschaft treten müßten. Die Selbständigkeit unseres Verbandes würde und muß unbedingt gewahrt werden, und der Vorstand ist sich auch einig hierin, daß ebensogut, wie eine Zerstückelung des Verbandes vermieden werden muß, ebenso wenig die Selbständigkeit verloren gehen darf. Schließt der Verband ein Kartellverhältnis mit der Gewerkschaft, so werden den Mitgliedern die hohen Beiträge gewahrt, denn wir würden 50 bis 75 Pfg. pro Mitglied und Jahr an die Gewerkschaft zu zahlen haben, und nicht, wie im Bunde, 12 Mark ohne die besondere Abgabe von 10 Mark. Der Vorstand hält es aber auch für seine Pflicht, den Mitgliedern zu sagen, daß es vollständig genügt, wenn man sich dem Vorgelegten dienstlich unterstellt und nicht auch organisatorisch. Auch hält der Vorstand es für unrichtig, daß die Bundesleitung durch ihr Programm den Keil immer noch schärfer zwischen Beamte und Arbeiter treibt. Zu schweren Bedenken gibt aber auch die jetzt im Bunde erscheinende Uneinigkeit zwischen technischen und nichttechnischen Beamten, zwischen oberen, mittleren und Unterbeamten Anlaß. Nicht zuletzt auch die Bestrebungen des Lokomotivführerverbandes. Zu denken gibt auch die Geschäftsführung des Bundes. Wer soll jetzt die 150 000 Mark Schulden bezahlen? Wer hat das Geld erhalten usw.? Alles in allem können wir mit unserem Verbandstagsbeschluß zufrieden sein, und wenn die dann darf der Vorstand wohl erwarten, daß der nächste Verbandstag die Einigkeit herstellen wird, zum Wohle der Mitglieder die Augen offen halten, die Entwicklung beobachten, Rottenführer der Reichseisenbahn. Wir wollen wohl Standesbewußtsein hoch halten. Standesbündel aber verwerfen.

Punkt 4: Beschaffung von Satzungen soll wegen der hohen Druckkosten nicht mehr erfolgen, da wir im nächsten Jahre doch neue Satzungen aufstellen müssen. Den Bezirksvereinsvorsitzenden wird anheimgegeben, Satzungen von älteren Kollegen einzuziehen und diese an neu aufzunehmende Mitglieder abzugeben. Ueberhaupt kann auch an den Verbandsvorstand gelangt werden.

Zu Punkt 5 gab der Vorsitzende die Eingabe an den Herrn Minister bekannt, welche Aufklärung über den widersprechenden Sinn der beiden vom Ministerium eingegangenen Antworten, die Besserstellung der Rottenführer betreffend, verlangt. Beschlossen wurde, für Artikel unter Eingeländt, die die Bundes- bzw. Gewerkschaftsfrage behandeln und nicht rein sind von persönlichen Angriffen, mit dieser Nr. unserer Zeitung die Aufnahme zu schließen. Standesfragen können nach wie vor behandelt werden. Es wird aber gebeten, recht sachlich zu bleiben. (Eine ganze Anzahl „Eingeländt“-Artikel müssen wegen Raum Mangels für die nächste Nr. zurückgestellt werden.)

Zum Schluß wurde der Wunsch geäußert, die Bezirksvereinsvorsitzenden möchten die vorstehenden Fragen in den nächsten Versammlungen eingehend behandeln, denn uns allen klingen noch immer die Worte eines Kollegen aus dem Osten in den Ohren: „Wir haben uns wohl dem Bunde angeschlossen und die hohen Beiträge gezahlt, aber im übrigen sehen wir uns betrogen. Wir sind zahlende Mitglieder.“ Der Vorstandsvorsitzende. J. A.: Schneider, Verb.-Vors.

Auf unserer Eingabe vom 12. 9. 1919 haben wir folgende Antwort erhalten:

Essen, den 23. Nov. 1919.

Auf die dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten unmittelbar vorgelegte Eingabe vom 7. Oktober 1919 teilen wir in seinem Auftrage mit, daß er von den in der Eingabe enthaltenen Wünschen und Anregungen Kenntnis genommen habe und sich eine Prüfung im einzelnen vorbehalten.

Unterschrift.

Notizen.

Prächtige Steuerbuckets

werden dem deutschen Volke durch den Reichsfinanzminister dargeboten. Staunend liest der behäbige Bürger, welche hochansehnlichen Beträge der Reichskasse zufließen werden. Mit Milliarden wird dabei nur so jongliert. Früher rechnete

man mit „lappigen“ Millionen, heute tut's nur noch die Milliarde. Ob aber die Millionenbeträge alle nach Wunsch prompt eingehen, steht auf einem anderen Blatt. Wenn man die Stala der Reichseinkommensteuer betrachtet, kommt einem erst zum Bewußtsein, wie wir alle in Zukunft geschröpft werden. Die Augen können uns wahrhaftig dabei übergehen. Bei diesem ungeheuren Anziehen der Steuerhahne mag aber die Drückbergerei ebenfalls kräftig ausholen. Der Schlauberger findet bekanntlich auch im festesten Netz noch ein Löchchen zum Durchschlüpfen. Außerdem werden wohl noch viele Kapitalisten mit weitem Gewissen ihr Geld vor dem drohenden Reichsnotopfer in andere Werte zu verwandeln trachten. Am Ende langt's dann immer noch nicht, was Herr Erzberger der Mittwelt aufgebäumt hat. Und die Suche nach neuen Steuerobjekten beginnt abermals.

Bekanntmachung.

Nachstehenden Mitgliedern kann die Zeitung nicht zugestellt werden. Die Bezirksvereine werden gebeten, die genaue Adresse an den Verbandsvorsitzenden, Herrn Karl Schneider, Dahlhausen-Ruhr, einzusenden.
Jol. Frankowiak, Salungen, Bez. Erst.
W. Broders, M.-Gladbach, Luripp.

Versammlungs-Kalender.

Es liegt im Interesse eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen zu besuchen, die Beiträge pünktlich zu zahlen und neue Mitglieder einzuführen.

Altona-Hamburg, 11. 1. 1920, Hambg., Gasth. Zum gold. Ros.
Aachen, 4. 1. 1920, 1 Uhr, Aachen, Bahnhofstr. 30.
Allenstein, 1. 1. 1920, 11½ Uhr, Allenstein, Hotel Kaiserhof.
B.-Rittershausen, 11. 1. 1920, 3 Uhr, B.-Rittersh., Vereinslokal.
Braunschweig, 11. 1. 1920, 2 Uhr, Braunschweig, Lichtenheimer Bierstube.

Breslau, 4. 1. 1920, 1 Uhr, Breslau, Vereinslokal.
Bremen, 10. 1. 1920, 6 Uhr, Bremen, Rest. D. Schnap.
Erfeld, 11. 1. 1920, 3 Uhr, Erfeld, Vereinslokal.
Quisburg, 3. 1. 1920, 4 Uhr, Quisburg, Vereinslokal.
Düsseldorf, 4. 1. 1920, vorm. 9½ Uhr, Düsseldorf, Worreingerhof.
Dortmund, 4. 1. 1920, 3 Uhr, Dortmund, Vereinslokal.
Quisburg, 4. 1. 1920, 4 Uhr, Quisburg, Vereinslokal.
Essen, 11. 1. 1920, 3 Uhr, Essen, Rath. Geleienhaus.
Frankfurt a. M., 4. 1. 1920, 1 Uhr, Frankfurt a. M., Vereinsl.
Frankfurt a. M., 4. 1. 1920, vorm. 9 Uhr, Dobritz, Gasth. „Zum grünen Baum“.

Guben, 4. 1. 1920, 11 Uhr, Guben, Gasthof „Goldene Krone“.
Hagen, 4. 1. 1920, 2½ Uhr, Halle-S., Vereinslokal.
Hamm i. W., 11. 1. 1920, 10 Uhr, Hamm, Rest. Nehring.
Hagen, 11. 1. 1920, 2½ Uhr, Hagen, Vereinslokal.
Halberstadt, 11. 1. 1920, 2½ Uhr, Halberstadt, Hotel Zur Reichskrone.

Hannover, 4. 1. 1920, 2½ Uhr, Hannover, Hotel Zur Post.
Insterburg, 6. 1. 1920, Insterburg, Vereinslokal Peterreit.
Rattowig, 4. 1. 1920, Beuthen D.-Schl.
Königsberg, 23. 12. 1919, Königsberg, Vereinslokal.
Lauenburg, 18. 1. 1920, 3 Uhr, Reimbahnhofshotel.
Lüneburg, 11. 1. 1920, 1 Uhr, Lüneburg, Vereinslokal.
Leipzig, 7. 1. 1920, 7 Uhr, Vereinslokal.

Magdeburg, 4. 1. 1920, 2 Uhr, Magdeburg, Kaiserstr. 18.
Marienwerder, 4. 1. 1920, 1 Uhr, Marienwerder Hotel „Kg. Hof“.
Paderborn, 4. 1. 1920, 1½ Uhr, Soest, Wirtsh. fr. Werlingrör.
Schneidemühl, 4. 1. 1920 1 Uhr, Schneidemühl, Eisenbahnkantine.
Stendal, 4. 1. 1920, 2½ Uhr, Stendal, Rest. Genski.
Stettin, 11. 1. 1920, 11 Uhr, Stettin, Gastwirt Zielke.
Stralsund, 21. 12. 1919, 10½ Uhr, Stralsund, Hotel König von Preußen.

Tauschgesuche.

Welcher Kollege, polnischer Nationalität, aus einer Großstadt würde mit dem Unterzeichneten tauschen?

August Reumann, Rottensf., Posen D. 5, Fabrikstr. 34.

Welcher Kollege, poln. Nationalität, tauscht mit dem unterzeichneten Kollegen. Hier Dienstwohnung, elektr. Licht, Dienstland, Wasserleitung, höhere Schulen am Orte; auch kann Viehzucht getrieben werden.

Fr. Rosoll, Rottensführer, Straßburg, Westpr., Bahnhof.

Für die Red. verantwortl.: Verbandsvors. Carl Schneider, Dahlhausen-Ruhr. — Für den Inseratenteil verantwortl.: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr. — Druck: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr.

Beileid.

Unserm Kollegen, dem Rottensführer

Alfred Loh

aus Tütleben bei Gotha unser herzlichstes Beileid zum Tode seiner lieben Ehefrau, welche in der Klinik zu Jena am 11. Nov. verstorben ist.

Die Mitglieder des Bez.-V. Erfurt.
J. A.: Hermann Leder, 1. Vors.

Echte schwarze Tuchleder-Hosen

p. St. Mk. 48, Qual. Extra Mk. 57, Hosen mit roter Biese 3 Mk. mehr. Echte schwarze, b'ane oder feldgrüne Dress-Hosen mit Bahn-, Post- od. schwarz. Knöpf. p. St. M. 33.50. Nur echte Qualität, keine Ersatzware. Als Maß erb. ganze Körperlänge, ob stark, mittel oder schlank. Versand gegen Nachnahme. Julius Hammerschlag, Halle-Saale 11.



Theodor Müller

Mechan. Uniform- u. Herrenkleiderfabrik. Spinnerei u. Weberei, Seifhennersdorf, Sachsen.



(Oberhennersdorf, Böhmen.)
Ansonst meinen Uniformitowken u. anderen Kleidungsstücken liefere ich nun auch wieder meine so ausserordentlich billigen u. ausserordentlich haltbaren echt schwarzen Ledertuchhosen prima Qualität, wieder wie beste Friedensware.

Bitte Muster u. Preise einzuholen.



Clemens Wagner,

Braunschweig 4, Fernruf 933, best empfohlene Mützenfabrik liefert wieder: **tabellose Mützen aus ff. Tuch.** Vorzüge: Formschönheit, Leichtigkeit, bequemer Sitz. Preisliste mit zahlreichen Abbildungen umsonst. Täglich Dankschreiben für gute Lieferung.

Wertvolle Weihnachtseschenke.

Nur 10 Proz. Monatsraten.
Die Frau als Hausärztin, von Anna Fischer-Dückelmann.

Neue prachtl. Million-Ausgabe. Großer Prachtband Mk. 48. Steimann, „Die tüchtige Hausfrau“. 2 große Prachtbände Mk. 60.

Otto & Co., Berlin-Lichterfelde. Postcheckkonto Berlin 47344.

Drucksachen

aller Art
liefert schnell und billigt
C. Hundt sel. Wwe.,
Hattingen.



Stempel liefert billigt C. Hundt sel. Wwe.,
Hattingen-Ruhr